

zialforscher eingeladen, die uns helfen werden, über die Veränderung im Konsum- und Freizeitverhalten nachzudenken.

Ich darf Ihnen zunächst die Referenten vorstellen. Das ist zum ersten Herr Dr. Herbert Geiger. Er ist Wirtschaftswissenschaftler, hat aber viele Jahre in der Demoskopie gearbeitet, war von 1964 bis 1979 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Demoskopie Allensbach. In den Jahren 1979 bis 1995 leitete er die Presseabteilung beim Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft. Seit 1996 ist er Leiter des Bonner Büros des Instituts für Demoskopie Allensbach. Zum zweiten darf ich Ihnen Herrn Dr. Harald Michel vorstellen. Er ist Diplomsoziologe, hat von 1980 bis 1991 am Institut für Demographie der Humboldt-Universität gearbeitet, war dort Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte und ist seit 1992 Geschäftsführer des Instituts für angewandte Demographie in Berlin. Schönen Dank, daß Sie gekommen sind. Es beginnt Herr Geiger mit seinen Ausführungen. Beide Herren haben jeweils nur 15 Minuten Zeit für ihren Vortrag. Das ist sehr knapp angesichts der Komplexität der Fragestellungen, aber vielleicht gelingt es Ihnen doch, im Zeitrahmen zu bleiben.

Dr. Herbert Geiger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu dem spannenden Thema „Entwicklungen in den neuen Bundesländern im Vergleich zur Situation in den alten“ möchte ich Ihnen aus unserem Allensbacher Material mir besonders interessant erscheinende Befunde vorstellen, und zwar aus den Bereichen ökonomische Einstellungen, wirtschaftliche Lage und Verhaltensweisen, Konsumorientierung und Mediengewohnheiten.

Ganz global läßt sich sagen, daß in den meisten Konsum- und Lebensbereichen das Aufeinanderzugehen und das Sichanpassen überwiegt. Die Ostdeutschen passen sich den Westdeutschen an, aber auch die Westdeutschen in verschiedener Hinsicht den Ostdeutschen. Ins Auge sticht – und das halte ich für einen recht bedenklichen Befund – daß in den neuen Bundesländern die Kritik an unserem Wirtschaftssystem geradezu dramatisch wächst, während gleichzeitig die Verhältnisse in der alten DDR aus heutiger Sicht sehr viel rosiger gesehen werden als unmittelbar nach der Wende. So hatten 1990 noch mehr als drei Viertel der neuen Bundesbürger vom Wirtschaftssystem der Bundesrepublik eine gute Meinung, Ende 1996 nur noch knapp ein Viertel. Gleichzeitig sagen heute 41 Prozent, daß sie von der Bundesrepublik keine gute Meinung hätten, gegenüber nur fünf Prozent sechs Jahre früher.

Auch in den alten Bundesländern ist die Kritik an unserem Wirtschaftssystem gewachsen. Aber nur ein Viertel äußert eine dezidierte Skepsis. 1996 treten 55 Prozent der Ostdeutschen für eine staatliche Preiskontrolle für wichtige Lebensmittel ein, unter den Westdeutschen plädieren knapp 30 Prozent dafür, aber sechs von zehn lehnen eine solche Kontrolle ab. Ein Blick in die fünfziger Jahre zeigt allerdings, daß seinerzeit auch in Westdeutschland Preiskontrollen mehrheitlich befürwortet wurden. Von 1948 bis 1958 votierten rund 70 Prozent der Bürger dafür. Dieser Rückblick liefert doch einen gewissen Anhaltspunkt dafür, wie lange es letztendlich doch dauert, sich mit der Umstellung

von einer gewohnten Wirtschaftsordnung auf eine andere anzufreunden, auch wenn man mit der alten nicht zufrieden war.

In den neuen Bundesländern ist zweifellos eine beachtliche, sich verstärkende DDR- Nostalgie zu registrieren. Vor allem trauert man dem Gleichheitsideal nach. Eine eindrucksvolle relative Mehrheit ist der Ansicht: Wir waren alle gleich und wir hatten Arbeit, darum war es eine schöne Zeit. So haben sich auch die ursprünglich positiven Urteile in den neuen Bundesländern über den Kapitalismus abgeschwächt. 1995 war man sehr viel weniger der Ansicht als 1990, daß der Kapitalismus Fortschritt bedeute, erfolgreich sei und die Freiheit repräsentiere. Wirtschaftskrisen und Ausbeutung werden viel häufiger mit Kapitalismus in Verbindung gebracht. Auf der anderen Seite wird der Sozialismus viel freundlicher gesehen als 1990. Beschreibungen wie bürokratisch, überholt, radikal wurden weniger genannt, hingegen sehr viel häufiger die Attribute kameradschaftlich, friedlich, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle, sogar Freiheit.

Die persönlichen Erfahrungen mit dem Wirtschaftssystem der Bundesrepublik sind allerdings viel positiver als die Urteile über das System. Eine absolute Mehrheit der Ostdeutschen und zwei Drittel der Westdeutschen versichern, persönlich noch nicht unter diesem System gelitten zu haben. Vor die Wahl gestellt: Soziale Marktwirtschaft oder Planwirtschaft plädieren heute 55 Prozent der Ostdeutschen und 80 Prozent der Westdeutschen für die soziale Marktwirtschaft. Auch die wirtschaftliche Lage wird sehr viel besser gesehen, als die registrierte Systemkritik vermuten läßt. 40 Prozent der Ostdeutschen und rund 50 Prozent der Westdeutschen sagen, es ginge ihnen sehr gut oder gut, nur etwa zehn Prozent in Ost- und Westdeutschland sind der Meinung, daß es ihnen sehr schlecht oder schlecht ginge.

Auch die Einkommensverhältnisse gleichen sich allmählich an. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen ist von 2000 auf knapp 3300 Mark in den letzten fünf Jahren gestiegen, in Westdeutschland von knapp 3500 auf 4000. Eine entsprechende Anpassung zeigt sich auch beim frei verfügbaren Einkommen der Haushalte.

Um zu erfahren, wie man die allgemeine Entwicklung beurteilt, wurden die Befragten gebeten, auf einer Skala einzustufen, wie weit in unserer Wirtschaftsordnung die Marktwirtschaft oder das Soziale überwiege und wie man das Verhältnis von Marktwirtschaft und Sozialem in etwa zehn Jahren einstuft. Der Mittelwert wäre genau 3,0. Der marktwirtschaftlichen Komponenten werden schon heute eindeutig das größere Gewicht zugeschrieben, in Ostdeutschland noch mehr als in Westdeutschland. In zehn Jahren werde die marktwirtschaftliche Komponente noch eine größere Rolle spielen als heute. Der Durchschnittswert sinkt immer mehr in Richtung 1,0, was die absolute Marktkomponente bedeuten würde. In Westdeutschland, und nur dort, wurde außerdem nachgefragt, wie das Verhältnis zwischen Marktwirtschaft und Sozialem vor zehn Jahren war. Das Verhältnis wurde als ausgewogen gesehen, wir hatten praktisch ein Verhältnis von 3,0.

Nun einige Befunde über die geänderten Besitzverhältnisse, zunächst zum Auto. Von 1990 bis 1996 ist der Anteil der Haushalte in Ostdeutschland, die über keinen PKW verfügen, von 45 auf 25 Prozent zurückgegangen. In Westdeutschland sind es etwa 20 Prozent. Gleichzeitig hat sich der Autopark in Ostdeutschland drastisch verjüngt. So sind heute in Ostdeutschland nur 27 Prozent der Autos fünf Jahre oder älter, in Westdeutschland 38 Prozent.

Was die Ausstattung der Haushalte mit Unterhaltungselektronik angeht, haben die Haushalte in Ostdeutschland vielfach den Stand in Westdeutschland erreicht, so etwa bei Farbfernsehgeräten und Videorecordern. Auch in den modernen Kommunikationstechniken zeichnet sich ein Nachholprozeß ab. Er ist etwas schwächer beim schnurlosen Telefon, deutlicher beim Mobilfunk, bei Anrufbeantwortern und Telefaxgeräten. Ferner läßt sich beim Besitz von Kreditkarten insbesondere bei Euro-Karten eine zügige Anpassung feststellen.

Sehr unterschiedlich sind noch die Besitzverhältnisse bei Kapital- und Vermögensanlagen. Ein- und Mehrfamilienhäuser besitzen 47 Prozent im Westen und 34 Prozent der Bevölkerung im Osten. Größer ist der Unterschied beim Besitz von Eigentumswohnungen und beim Aktienbesitz. Eine Lebensversicherung haben die Ostdeutschen etwa in gleichem Umfang wie die Westdeutschen abgeschlossen, und sie haben den gleichen Anteil an Investmentzertifikaten in ihrem Portefeuille. Eine besondere Vorliebe bei den Ostdeutschen ist die Festgeldanlage. Bei Bausparverträgen ist der westdeutsche Stand noch nicht erreicht, jedoch ist der Nachholbedarf recht deutlich zu sehen, eine Steigerung innerhalb von fünf Jahren von 15 auf 24 Prozent.

Auch in ihrer grundsätzlichen Einstellung zum Sparen und zum Geldausgeben sowie zum Ratenkauf gleichen sich die Ost- und Westdeutschen immer mehr. Haben 1991 noch 36 Prozent der Ostdeutschen erklärt, sie schränkten ihre Ausgaben eher ein, zugunsten der Möglichkeit, zu sparen, waren es 1996 nur noch 29 Prozent. In Westdeutschland ist dieser Prozentsatz ziemlich kontinuierlich mit 25 Prozent. Der Ratenkauf, dem die Ostdeutschen 1991 noch recht skeptisch gegenüberstanden, hat sich zügig dem westdeutschen Niveau angepaßt. Über ein Sechstel der Bevölkerung sagen, daß sie größere Anschaffungen auch mal in Raten abbezahlen.

Nun ein Befund zum Thema Urlaubsreisen. Die Anzahl derjenigen in Ost und West, die mindestens einen fünftägigen Urlaub machten, ist mit 59 Prozent in beiden Bereichen gleich groß. Allerdings ist der Anteil der Westdeutschen, die öfter im Jahr mindestens fünf Tage verreisen, fünf Prozent höher als in den neuen Bundesländern. Im ganzen Einkaufs- und Konsumverhalten ähneln sich die Ost- und Westdeutschen eigentlich immer mehr, so zum Beispiel darin, daß man sich beim Einkaufen nur schwer entscheiden kann, ob man auf Sonderangebote achtet, oder ob man Wert auf modernes Design legt. Hochpreisige Feinschmeckerlokale werden zwar von den Westdeutschen noch häufiger als von den Ostdeutschen gelegentlich besucht, aber hier zeigt sich auch tendenziell eine Angleichung.

Eine Anpassung ostdeutscher an westdeutsche Gegebenheiten zeigt sich auch in der Breite der Interessengebiete. 1991 war das Interessenspektrum der Ostdeutschen merklich breiter als bei ihren westdeutschen Landsleuten. 46 Prozent in den neuen und 34 Prozent in den alten Bundesländern erwiesen sich als besonders vielseitig interessiert. In den alten Bundesländern hat sich an dieser Zahl nichts geändert, in den neuen ist aber der Anteil der besonders Interessierten auf 37 Prozent zurückgegangen. Man paßt sich dem etwas niedrigeren Niveau des Westens an. Geschrumpft ist das Interesse in den neuen Bundesländern an Versicherungsfragen, leider aber auch an Fragen der beruflichen Weiterbildung, des Wohnens und Einrichtens, auch an Warentestergebnissen, wo die Schrumpfteile zehn Prozent und höher sind. Auch im Ausführen von Do-it-yourself-Arbeiten haben sich die Ostdeutschen den Westdeutschen angepaßt. Von 14 zur Diskussion gestellten Varianten von Do-it-yourself-Tätigkeiten haben die Ostdeutschen 1991 im Schnitt noch 3,1 durchgeführt, 1996 nur 2,6. Die Westdeutschen waren darin immer weniger aktiv, sie liegen auch heute noch unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Als sinnvolle Freizeit-tätigkeiten sind vor allem Malerarbeiten und kleinere Reparaturen am Auto zurückgegangen.

Kommen wir zu den Unterschieden in den Mediengewohnheiten. Hier zeigt sich vor allem, daß die Ostdeutschen intensivere Fernsehzuschauer sind. Der TV-Horizont, d. h. die Zahl der Sender, die die Ostdeutschen einschalten, ist in Ostdeutschland breiter als in Westdeutschland, obwohl auch in den alten Bundesländern die Fernsehkultur gewachsen ist. Die Ostdeutschen sehen zu 59 Prozent drei Stunden fern am Tag, die Westdeutschen 45 Prozent. Eine besondere Vorliebe gilt im Osten den privaten Programmen. Sie schalten sie nicht nur wesentlich öfter ein als die Westdeutschen, sondern sie machen das auch zu Lasten der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Das Interesse an Ratgebersendungen ist im Osten merklich größer als im Westen.

Anders als beim Fernsehen erweisen sich die Westdeutschen merklich vielseitiger als ihre ostdeutschen Landsleute beim Lesen von Zeitschriften und Zeitungen. Sie lesen mehr Zeitschriftentitel und greifen auch mehr zu Zeitungen. Die Unterschiede sind ganz deutlich bei Magazinen zum Zeitgeschehen wie Spiegel, Focus, Stern, aber auch deutlich beim Lesen von Reise- und Urlaubszeitschriften. Anders ist die Situation bei Zeitschriften für das Auto und bei Zeitschriften, die sich speziell mit Themen wie Bauen, Umbauen und renovieren befassen. Diese werden häufiger von den Ostdeutschen gelesen.

Interessant ist auch, zu überprüfen, welche Vorstellungen die Ost- und Westdeutschen davon haben, worin sie sich untereinander unterscheiden, wo sie also glauben, daß Unterschiede bestehen. Es gibt sowohl bei den Westdeutschen als auch bei den Ostdeutschen gefestigte Vorstellungen darüber, worin sie in ihrem Verhalten Unterschiede vermuten. So sind vier von zehn Westdeutschen sowohl 1991 als auch 1996 der Ansicht, die Ostdeutschen unterscheiden sich von ihnen in der Frage, was man im Leben für wichtig hält. Noch mehr, nämlich 60 Prozent der Ostdeutschen sehen hier unverändert einen Unterschied. In

der Frage, welches Verhältnis man zu seinem Nachbarn hat, vermuten 1996 noch mehr als 1991, nämlich zwei Drittel, Unterschiede. Für die Westdeutschen ist das kein Thema. Nur ein Viertel sieht Unterschiede. Es gibt aber eine Reihe von Bereichen, in denen man zwar 1991 noch beachtliche Unterschiede vermutete, fünf Jahre später aber doch nur noch in recht begrenztem Umfang. Das trifft vor allem auf Vorstellungen von Lebensbereichen zu, wie man seine Wohnung einrichtet, was man anzieht, worauf man beim Einkommen Wert legt und wie man sich ernährt.

Ich habe versucht, ihnen mosaikartig und in sehr kurzer Zeit verschiedene Untersuchungsergebnisse vorzustellen, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Ost- und Westdeutschen in ökonomisch relevanten Bereichen aufzeigen. Danke.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wir bedanken uns und setzen fort mit Dr. Harald Michel. Wir sind gespannt, ob die Ergebnisse komplementär oder entgegengesetzt sind.

Dr. Harald Michel: Meine Damen und Herren, ich schließe mich insoweit meinem Vorredner an, als ich ebenfalls Grafiken zeigen werde. Ich werde aber auf die Kommentierung der Grafiken weitgehend verzichten, da ich meinen Vortrag sonst nicht in voller Länge präsentieren kann. Ich habe meinen Beitrag unter den Titel gestellt: „Zwischen Aufholen und Anpassen, Konsum und Lebensstandard in den neuen Bundesländern“. Im wesentlichen geht es dabei um zwei Entwicklungen. Ich möchte zunächst aus einer wirtschaftshistorischen Sicht etwas zur Entwicklung des Konsum- und Freizeitverhaltens in der ehemaligen DDR sagen, und im zweiten Teil werde ich etwas sagen zum Prozeß des Anpassens von Konsumgewohnheiten und Freizeitverhalten in den neuen Bundesländern.

Zunächst also zum Prozeß des Aufholens oder der historischen Herangehensweise. Hier werden klassische Wohlfahrtsindikatoren wie verfügbares Einkommen der Privathaushalte, Konsumverhalten, Konsumausgaben und Verbrauch an Waren des täglichen Bedarfs der privaten Haushalte usw. betrachtet und einer Analyse unterzogen. Hier ist folgende Feststellung zunächst gerechtfertigt: Für die große Mehrheit der Ostdeutschen sind seit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland die Konsum- und Einkommensentwicklungen zu den positivsten Momenten des gesamtgesellschaftlichen Transformationsprozesses zu zählen. Bei allen wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die gegenwärtig in Ostdeutschland bestehen, vor allem durch nach wie vor flächendeckende und ganze Regionen beeinflussende Umstrukturierungsmaßnahmen in Industrie, Landwirtschaft und Verwaltung und daraus resultierende Arbeitslosigkeit und Etablierung sozialer Problemgruppen, haben sich der materielle Wohlstand und die mit diesem einhergehenden materiellen Lebensbedingungen für die übergroße Mehrheit der ostdeutschen Bürger spürbar und statistisch nachvollziehbar verbessert. Das belegen alle seriösen Studien seit 1990.

Den größten Einfluß auf die Veränderung des ostdeutschen Konsumverhaltens, entsprechender Lebensbedingungen und Komponenten des Lebensstandards übte hierbei die gänzliche Umstellung des zum Teil durch chronischen Mangel gekennzeichneten Konsumgüterdienstleistungs- und Reisemarktes der ehemaligen DDR in einen Kaufmarkt mit der vollen Breite eines umfassenden Angebotes aus. Es ist ja bekannt, daß die Wirtschaftspolitik der DDR-Führung in den fünfziger und 60er Jahren primär der umfassenden Industrialisierung gewidmet war. Das muß ich in Eisenhüttenstadt sicherlich nicht besonders betonen. Um sich aus den historisch gewachsenen Wirtschaftsstrukturen des deutschen Reiches zu lösen bzw. auch aus der Notwendigkeit, aus diesen Strukturen herausgeworfen worden zu sein. Diese wirtschaftspolitischen Ausrichtungen, auch bedingt durch schlechtere Startbedingungen in der Folge nach 1945, ich erinnere an Demontagen und Reparationszahlungen in erheblicher Größenordnung, mußten zwangsläufig auf Kosten der Konsumgüterindustrie des privaten Verbrauchs und des materiellen Lebensniveaus gehen.

Erst mit Beginn der 70er Jahre, ich erinnere an den achten Parteitag der SED 1971 und der Proklamierung der Hauptaufgabe der SED mit ihrer proklamierten Parallelität zwischen Steigerung der Bruttoproduktion, Arbeitsproduktivität und Verbesserung der materiellen und sozialen Lebensbedingungen, wandte sich die SED-Führung den Konsumbedürfnissen, Wünschen und Interessen der Bevölkerung verstärkt zu. Zum einen wurde nun die Konsumgüterindustrie direkt angekurbelt, ich erinnere an die Auflagen der Kombinate zur Konsumgüterproduktion, zum anderen wurden auf folgenden Parteitagen und einzelnen Tagungen des ZK der SED Beschlüsse gefaßt und weitestgehend auch realisiert, um die wirtschaftliche Lage bestimmter Bevölkerungsschichten, zum Beispiel junger Ehen, zu verbessern. Allerdings erwies sich schon einige Jahre später, daß diese Strategie der propagandistisch immer wieder hervorgehobenen Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik die Grenzen der zentralistischen Planwirtschaft zu sprengen drohte, zumal die Befriedigung vielfältiger konsumtiver Bedürfnisse der DDR-Bevölkerung zu nicht unwesentlichen Teilen auf Krediten basierte und die Staatsverschuldung vorantrieb.

Seit Mitte der 70er Jahre konnte diese beträchtliche Verschuldung, aber auch die das Wirtschaftssystem negativ beeinflussenden weltwirtschaftlichen Probleme, ich erinnere an die Energiekrise, die Erdölpreiserhöhung und den verschärften Technologiewettbewerb, nur auf Kosten von Abstrichen bei der Verwendung des Sozialprodukts im Inland und beträchtlichen Einschnitten bei den Konsumgüterimporten, vor allen Dingen in den 80er Jahren, kompensiert werden. Die Konsumrealität des DDR-Alltags bis zur Wende 1989 ist somit eng verbunden mit Mangelerscheinungen und Defiziten im privaten Konsum und der Ausstattung der DDR-Haushalte mit modernen und hochwertigen Konsumgütern, mit Versorgungslücken wegen des Fehlens einer genügenden Zahl von Verkaufseinrichtungen, mit Diskontinuitäten in der Belieferung, mit organisatorischen Mängeln im Einzelhandel usw.

Die mangelhafte, im wesentlichen staatlich gelenkte, zentral geplante subventionierte Versorgung der DDR-Bevölkerung in allen konsumtiven Bereichen hatte folgende grundsätzliche Konsequenzen:

a) Obwohl sich die DDR-Führung – insbesondere seit Mitte der 60er Jahre – mit dem Blick auf westliche Konsummodelle verstärkt bemühte, die Konsumtion der Bevölkerung auf eine Verringerung des Anteils des Lebensmittelumsatzes am Einzelhandelsumsatz auszurichten, blieb der Lebensmittel-pro-Kopf-Verbrauch bis zum Ende der DDR, gemessen an westlichen Verbrauchsstrukturen, überdurchschnittlich hoch. Ich verweise hierbei auf Wirtschaftsreformen, neues ökonomisches System der Planung und Leitung usw.

Die Ernährungsgewohnheiten eines Großteils der DDR-Bevölkerung konnten nicht ohne negative Konsequenzen für die Gesundheit in der DDR bleiben. Es ist allgemein bekannt, daß sich viele DDR-Bürger zu fett, zu süß, zu salzig, zu wenig energiebewußt ernährten oder ernähren mußten. Bereits zu Beginn der 80er Jahre schätzten die DDR-Ernährungswissenschaftler, daß jeder vierte erwachsene DDR-Bürger Übergewichtig wäre, weil 33 Prozent zuviel Energie, Alkohol, 54 Prozent zu viel Fett, insbesondere tierisches, sowie zehn Prozent Eiweiß und Kohlenhydrate zu viel verbraucht würden, im Verhältnis zum normativen Verbrauch.

b) Bis zur Wende blieb die Versorgung der durchschnittlichen Haushalte mit technischen Konsumgütern mangelhaft und diskontinuierlich. So kannten DDR-Bürger bestimmte technische, elektrotechnische oder elektronische Gebrauchsgüter für Haushalt und Freizeit nur vom Hörensagen, ich erinnere nur an Wäschetrockner, Geschirrspüler, Mikrowelle usw. Solche Geräte entziehen sich dem Vergleich, weil sie in DDR-Statistiken nicht auftauchen können. Eine besondere Bemerkung sei in diesem Zusammenhang dem PKW-Besitz in der ehemaligen DDR gewidmet, weil nur so die gigantische Kaufflut auf diesem Markt nach der Wende zu verstehen ist. 1989 besaß gut die Hälfte der DDR-Haushalte einen PKW. Ein Gebrauchsgut, auf welches von der Bestellung bis zur Zuteilung der durchschnittliche DDR-Haushalt Wartezeiten von bis zu 18 Jahren in Kauf nehmen mußten. Gut 80 Prozent des PKW-Bestandes der Privathaushalte entfielen in den letzten Jahren auf Produkte der einheimischen Automobilindustrie. Die Marken dürften bekannt sein. Der Rest entfiel fast vollständig auf andere Ost-Produkte, vor allem aus der Sowjetunion und der Tschechoslowakei. Nur ein Prozent – daß sind 41500 PKW – kamen aus dem sogenannten Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) und dem damaligen Jugoslawien. Ganz abgesehen davon, daß die technischen Standards der PKW-Produktion in der DDR und in den anderen Ostblock-Staaten nicht mit westlichen Qualitätsmaßstäben und Käuferwünschen zu messen waren, hatte der PKW-Besitz in der Konsumwerthierarchie der DDR-Bürger einen gänzlich anderen, weitaus höheren Stellenwert. So wurden DDR-Fahrzeuge jahrelang liebevoll gepflegt – soweit es die schwierige Lage des Ersatzteilmarktes zuließ, selbständig repariert und in der Regel weit über ihren Zeitwert als Gebrauchtwagen wieder verkauft.

c) Seit der Konsumgütermarkt in der ehemaligen DDR die sich im Umlauf befindliche reale Geldmenge der privaten Haushalte seit Beginn der 80er Jahre nicht mehr abzufangen in der Lage war, stiegen die privaten Spareinlagen der DDR-Bevölkerung außerordentlich schnell, zumal fast jeder durchschnittliche Haushalt in der Regel über zwei Erwerbspersonen verfügte. Ich verweise auf die neunzig Prozent Beschäftigungsquote der Frauen. Dazu kommt die „zweite Lohntüte“ durch subventionierte Lebensmittel. Das gesamte Spektrum der finanziellen Entlastung der DDR-Haushalte durch sozialpolitische Maßnahmen ermöglichte den DDR-Bürgern, in beträchtlichen Größenordnungen finanzielle Rücklagen zu bilden. Diese Entwicklung verläuft interessanterweise parallel zur Verschuldung der DDR im Ausland. Man kann also sagen, daß große Teile der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit einer inneren Verschuldung, wenn man so will, einer verdeckten Inflation, und mit Krediten aus dem Ausland finanziert worden sind.

d) Auch die Lebensbedingungen im Freizeitbereich der DDR-Bürger konnten nicht unbeeinflusst von diesen defizitären Konsumsituationen bleiben. Wie die bis jetzt unveröffentlichten und von unserem Institut jetzt ausgewerteten Ergebnisse soziologischer Untersuchungen des Freizeitbereiches arbeitender DDR-Bürger in den 80er Jahren ausweisen, wurden Versorgungsengpässe, Lücken im Versorgungs- und Dienstleistungssystem, Belastung durch Hausarbeit, wenig Möglichkeiten für Geselligkeit im unmittelbaren Wohnumfeld und anderes mehr sehr wohl als Belastungen des individuellen Zeitfonds wahrgenommen, was den Wunsch nach Veränderung zum Ausdruck bringt. Die vorliegenden Ergebnisse beziehen sich zum Teil auch auf Untersuchungen am Eisenhüttenkombinat und spiegeln die Realität des Freizeitverhaltens in den 80er Jahren wieder.

Generell kann zum DDR-Alltag in der Freizeit auf der Basis der sehr spärlich vorliegenden Untersuchungsergebnisse eingeschätzt werden, daß er weitaus weniger als angenommen politisiert, gesamtgesellschaftlich durchorganisiert und zentral vorgegeben war. Der Erholungsfunktion und den privaten Interessen und Neigungen wurde viel Bedeutung beigemessen, also auch den privaten Nischen, der individuellen Gestaltung der Freizeit, die stark familienorientiert, auf Instandhaltung, Pflege und individuelle Modernisierung des Privatbesitzes ausgerichtet war, sowie der Geselligkeit, den Freundschaften und der individuellen Kommunikation gewidmet war.

Das wird durch eine der wenigen westlichen Studien bestätigt, die sich mit DDR-Freizeit beschäftigen. Die Ebert-Stiftung schreibt dazu 1984: Ein wesentliches Vorurteil besagt, daß DDR-Menschen kaum Freizeit hätten, weil sie dauernd zu politischen Veranstaltungen müßten, zu Aufbaueinsätzen gerufen würden usw. Die Politisierung sei der große Freizeitkiller in der DDR. Wer sich genau mit den DDR-Verhältnissen vertraut macht, wird bald merken, daß diese Behauptung mit der Wirklichkeit – was den einfachen DDR-Bürger betrifft – nicht viel zu tun hat. Aktuelle Untersuchungen zum Freizeitverhalten der Bürger der ehemaligen DDR, liegen gegenwärtig – unserer Kenntnis nach

– bis auf wenige Ausnahmen – noch nicht in Dimensionen vor, die eine vergleichende Analyse möglich machen. Vieles scheint aber darauf hinzudeuten, daß zeitraubende Tätigkeiten, die der individuellen Versorgung des Haushalts und der Familie mit Waren des täglichen Bedarfs zu DDR-Zeiten geschuldet waren und als Belastungen empfunden wurden, heute bereits weitgehend der Vergangenheit angehören.

Erste Untersuchungen unseres Instituts aus den Jahren 1992/1993 zu aktuellen Belastungen im Freizeitbereich zeigen deutlich, daß eine unzureichende Versorgung bzw. Mängel im Dienstleistungssystem kaum noch als Belastung empfunden werden, weil sich die Situation wesentlich geändert hat. Eher wird der zunehmende Zeitaufwand für diverse Behördengänge wohl als Ausdruck des sich „Zurechtfindens im neuen Gesellschaftssystem“ beklagt. Auch weisen die im folgenden noch darzustellenden Veränderungen im Konsumverhalten, in der Struktur der Geldausgaben sowie in der Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Konsum- und Gebrauchsgütern auf ein aufholendes Anpassen des Ostens an den Westen im Freizeitbereich hin.

Von Ostdeutschen wird jedoch nach wie vor der häusliche Bereich als Raum für diverse Freizeittätigkeiten stärker favorisiert als von Westdeutschen. Nicht nur daß weniger auswärts gegessen wird bzw. weniger Gaststätten, Theater und Sportstätten besucht werden, auch die Beschäftigung mit und in der Familie, vor allem mit Kindern, hat für Ostdeutsche einen höheren Stellenwert. Das könnte folgende Ursachen haben: Ostdeutsche Haushalte verfügen im Durchschnitt über geringere Einkommen als im Westen, somit sind die finanziellen Möglichkeiten im Freizeitbereich begrenzter. Überdies weist die Bevölkerungsstruktur in den neuen Bundesländern noch einen höheren Anteil an Familien mit Kindern auf. Ostdeutsche verfügen aufgrund der längeren Jahresarbeitszeit auch effektiv über weniger arbeitsfreie Zeit. Somit nehmen Tätigkeiten im familiären Bereich, die zum Teil auch mit häuslichen Pflichten verbunden sind, automatisch einen größeren Teil der zur Verfügung stehenden Zeit ein.

Ich habe jetzt noch einen Teil, der sich mit aktuellen Tendenzen beschäftigt. In allen wesentlichen Bereichen der Einkommens-, Konsum- und Verteilungsverhältnisse, bei ziemlich allen Preisen für Konsumgüter und Dienstleistungen, bei wesentlichen Konsumtionsbedürfnissen und -bedingungen und dem erreichten Verbrauchsniveau der DDR-Bürger, haben sich seit 1990 fundamentale Veränderungen vollzogen. Die Einführung des Währungssystems der Bundesrepublik führte zum Beispiel zu: Anpassung der Löhne und Gehälter, Anpassung von Renten, differenzierter Umtausch von Bargeld und Sparguthaben, Abwertung von Lebensversicherungen und Krediten. Preise für Konsumgüter aller Art veränderten sich total, Konfektionserzeugnisse, Genußmittel, Haushalts- und Freizeitgüter wurden erheblich günstiger bzw. kamen erstmalig auf einen für Ostdeutsche zugänglichen Markt. Darauf konzentrierten sich zunächst auch die Einkäufe vieler Ostdeutscher. Daß dies auch zu den bekanntesten Verkehrs- und Infrastrukturproblemen in den ostdeutschen Ländern führte, sei

nur am Rande erwähnt. Der private PKW ist nach wie vor des Ostdeutschen liebstes Kind, das zeigen auch die Ausgaben der Privathaushalte für den PKW. Die Analysen, die Herr Dr. Geiger zum privaten Kfz-Bestand in Ostdeutschland gemacht hat, bestätigen sich hier übrigens. Wenn man die Ausgaben für Kfz-Reparaturen vergleicht, die außer 1994 unter denen in Westdeutschland lagen, deutet die Analyse auf bessere und neuere Fahrzeuge hin. Lebensmittelpreise zogen durch den Wegfall staatlicher Subventionen zum Teil kräftig an, niedrige Preise, wie Verkehrstarife, Mieten usw. blieben zunächst unverändert. Erst später, wie zum Beispiel bei den Mieten, nahmen sie durch erhebliche Erhöhungen Einfluß auf die jeweiligen Familienbudgets. Nachhaltige Veränderungen der verfügbaren monatlichen Einkünfte waren auch mit der Einführung des Lohnsteuer- und Sozialabgabensystems verbunden.

Somit waren es im wesentlichen drei Komponenten, die mit der Umstellung des gesamten Wirtschafts- und Sozialgefüges der ehemaligen DDR den materiellen Lebensstandard, den allgemeinen Wohlstand und auch das Freizeitverhalten in den neuen Ländern beeinflussen:

- a) die direkte Verfügbarkeit über Waren aus westlicher Produktion,
- b) die Einführung des Währungssystems der alten Bundesrepublik, sowie
- c) die völlig veränderten Preisstrukturen zwischen den einzelnen Gütern.

Die Veränderungen hinsichtlich des materiellen Wohlstands in den neuen Bundesländern sind nur sachlich zu bewerten, wenn berücksichtigt wird, daß es sich im Vergleich zu den alten Bundesländern um ein erheblich niedrigeres Bruttosozial- und Bruttoinlandsprodukt je Einwohner handelt. Ein entsprechender Ost/West-Vergleich verdeutlicht, daß insbesondere die erheblichen Transferleistungen die Ursache dafür sind, daß die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern auf den Gebieten Einkommen, Konsum und Verbrauch deutlich geringer sind als die entsprechenden wirtschaftlichen Leistungsmöglichkeiten. Die für die Entwicklung individuellen materiellen Wohlstands und dem Lebensstandard bedeutsamen Erwerbseinkommen, Sparvermögen und Renten unterlagen nach 1990 ebenfalls massiven Veränderungen. Nach neueren Untersuchungen haben sich in Ostdeutschland die nominalen Nettoarbeitseinkommen je Beschäftigten in fünf Jahren fast verdoppelt. Sie liegen jetzt bei 2044 DM in den neuen und 2687 DM in den alten Bundesländern. Wir sehen also auch hierbei den Anpassungsprozeß, der sich allerdings in den letzten Jahren nur auf einem sehr geringen Niveau der Anpassung weiterbewegt.

Zum Sparverhalten möchte ich hier nichts weiter ausführen, das ist relativ ausführlich getan worden, ich sage jedoch etwas zu den Konsumausgaben der privaten Haushalte. Die für die große Mehrheit der ehemaligen DDR-Bevölkerung vollkommen neuartigen Angebotsbedingungen führten nicht zu einem Konsumrausch. Mit der neuen Währung wurde mehrheitlich recht besonnen umgegangen, lediglich in der zweiten Hälfte des Jahres 1990, von Juli 1990 bis Anfang 1991, zeigte sich ein massenhaftes Konsumverhalten. Dieses Konsumverhalten war in erster Linie darauf gerichtet, Konsumgüter zu erwerben, die

es bis dahin in der DDR nicht ausreichend oder nur in minderer Qualität gegeben hatte. Die zügige Einkommensentwicklung machte es ostdeutschen Haushalten möglich, angestaute und unter den Bedingungen der Planwirtschaft der DDR nicht realisierte Konsumwünsche innerhalb kurzer Zeit umfangreich zu befriedigen. Das zeigt auch die Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern. Hier ist fast westliches Niveau erreicht.

Noch etwas zur Struktur der Geldausgaben: Es wird ersichtlich, daß die Struktur des privaten Verbrauchs ostdeutscher Haushalte sich der Verbrauchsstruktur vergleichbarer westdeutscher annähert. Es zeigen sich deutlich drei massive Strukturverschiebungen, die im wesentlichen der bereits dargestellten Verbrauchsstruktur durchschnittlicher DDR-Haushalte geschuldet sind:

1. Verringerung des Ausgabenanteils für Nahrung und Genußmittel,
2. Beträchtliche Erhöhung des Anteils für Wohnungsmieten und Wohnnebenkosten,
3. Verringerung der Ausgaben für Verkehr, Nachrichtenübermittlung, PKW usw.

Trotz dieser Angleichung gibt es jedoch ostdeutsche Spezifika in den Konsum- und Verbrauchsstrukturen, die insbesondere durch die unterschiedlichen Einkommen in ost- und westdeutschen Privathaushalten, durch die geringeren materiellen und finanziellen Vermögen ostdeutscher Haushalte wie auch durch Rückstände in der Ausstattung ostdeutscher Haushalte, in Umfang und Qualität des Konsums und auch durch andere Konsumgewohnheiten gekennzeichnet sind. Ich möchte dies hier auf drei Charakteristika beschränken:

1. Gewinne, bezogen auf das verfügbare Einkommen, dem Konsum und Verbrauch sind auf der Basis entsprechender Einkommenszuwächse für den überwiegenden Teil ostdeutscher Privathaushalte nachzuweisen. Bei der Einkommensdifferenzierung ist in erster Linie der Erwerbsstatus ausschlaggebend.
2. Im Ergebnis veränderter Einkommens- und Marktbedingungen, also dem Waren- und Leistungsangebot, haben sich im wesentlichen Ausgaben, Strukturen und Konsumgewohnheiten der Ostdeutschen verändert. Das Konsumverhalten bewegt sich zwischen Nachholbedarf und Anpassung.
3. Der wirtschaftliche und soziale Umbau des ehemaligen DDR-Gesellschaftsgefüges ist auch weiterhin mit sozialen Unsicherheiten und Zukunftsängsten verbunden und bewirkt somit ein Sicherheitsdenken, in dessen Ergebnis verstärkte Rücklagen in Form von Sparguthaben gebildet wurden und werden. Das beweist auch die höhere Sparneigung ostdeutscher Haushalte. So viel in der gebotenen Kürze. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, ich denke, daß wir zwei komplementäre, jedenfalls sich kaum widersprechende Referate gehört haben. Vielleicht hätten wir das zweite vorziehen sollen, weil es stärker die historische Dimension verdeutlicht, aber wir können beide